

Österreich stimmt 2013 über Kirchenprivilegien ab



<http://www.apa-fotoservice.at/galerie/3774> Im Bild v.l.n.r.: Die Initiatoren des Volksbegehrens Sepp Rothwangl (Forstwirt), Niko Alm (Unternehmer), Univ. Prof. Heinz Oberhummer (Physiker und Wissenschaftskabarettist) und Monika Zacher (Unternehmerin)

Credit: Initiative gegen Kirchenprivilegien/APA-Fotoservice/Hautzinger
Fotograf: Peter Hautzinger

Utl.: Unterstützungserklärungen wurden dem BMI übergeben =

Wien (OTS) - Im neuen Jahr 2013 wird das Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien eingeleitet. Sylvesternachmittag, wurden die mehr als 8.600 Unterstützungserklärungen dem Innenministerium übergeben.

Wichtigste Anliegen des Volksbegehrens:

- Klare Trennung von Kirche und Staat
- Gegen Subventionen und Vergünstigungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Ausmaß von jährlich 3,8 Mrd EUR
- Staatliche Aufklärung der kirchlichen Missbrauchs- und Vertuschungsverbrechen

"Österreich unterhält ein kostspieliges Staatsreligionen-System, das jährlich mit ca. 3.8 Milliarden Euro subventioniert wird. Unser Volksbegehren tritt dementsprechend nicht gegen Religion auf, sondern für mehr Demokratie und eine saubere Trennung von Staat und Kirche ein", erklärt Niko Alm, Sprecher der Initiative gegen Kirchenprivilegien. "Dieses Volksbegehren ist auch eines, das diesen Namen wirklich verdient: Hinter uns steht keine Partei, keine einflussreiche Lobby, kein Groß-Sponsor. Das ist eine reine BürgerInnenbewegung, die den vordemokratischen Sonderrechten der organisierten Religion ein Ende bereiten will."

Zwtl.: Vertuschung mit staatlicher Billigung

Für Österreich kann dieses Volksbegehren zu einem Meilenstein

werden. "Erstmals in der Geschichte unseres Landes besteht nun die Möglichkeit, empörende Religionsprivilegien aus den Zeiten des Austrofaschismus aufzuheben", freut sich auch Sepp Rothwangl von der Plattform Betroffener Kirchlicher Gewalt, der unermüdlich Unterstützungserklärungen gesammelt hat. "Religionsvertreter sitzen in den wichtigsten Entscheidungsgremien des Landes, was auch erklärt, dass die kirchlichen Missbrauchsverbrechen mit staatlicher Billigung weiter unaufgeklärt bleiben. Die Klasnic-Kommission ist an die Stelle staatlicher Aufklärung getreten und hat es der milliardenschweren Kirche ermöglicht, ihre Verbrechen weiter zu vertuschen und Missbrauchsoffer mit kirchlichen Almosen abzuspeisen."

Die meisten UnterstützerInnen bisher in Wien Ziel des Volksbegehrens ist die Überschreitung der 100.000 Marke, die für die Behandlung durch das Parlament notwendig ist. Die Eintragungswoche wird im Frühjahr 2013 sein. Im Rahmen der aktuellen Kampagne wurden 8.637 Unterstützungserklärungen abgegeben, davon rd. 44% in Wien, gefolgt von Niederösterreich mit rd. 20%, und Oberösterreich mit 11% sowie der Steiermark mit 10%. Hotspot, in Relation zur Einwohnerzahl, war jene oststeirische Gemeinde, in der nach dem Fall Groer einer der ersten Missbrauchsfälle bekannt wurde. Dort haben mehr als 10% aller Wahlberechtigten die Einleitung des Volksbegehrens unterzeichnet.

Buchtipps: Gottes Werk und unser Beitrag: Kirchenfinanzierung in Österreich. Czernin Verlag, 2012, <http://kirchenfinanzierung.at>

Fotos: Übergabe der Unterstützungserklärungen an das BMI:
<http://www.apa-fotoservice.at/galerie/3774>

www.kirchen-privilegien.at

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM / Originalbild-Service sowie im OTS-Bildarchiv unter <http://bild.ots.at>

~

Rückfragehinweis:

FJ PURKARTHOFER PR, Mobil: +43-664-412-1491

Mail: info@purkarthofer-pr.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/12329/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0018 2013-01-01/11:15

011115 Jän 13

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130101_OTS0018